

INHALT

1. Regierungsfaktionen verschlimmern Entwurf für Tariftreuegesetz weiter
2. Bildungsministerin Wende muss im Landtag Widersprüche erklären
3. SPD, Grüne und SSW wollen Zwischenlagerung für Atommüll in Brunsbüttel zustimmen
4. Volksinitiative für A 20 gestartet
5. Regierungsfaktionen wollen beim NOK keine Zusammenarbeit
6. Veranstaltungshinweis Bildung

19.04.2013

Regierungsfaktionen verschlimmern Entwurf für Tariftreuegesetz weiter SPD, Grüne und SSW beziehen Kommunen in Tariftreuegesetz ein



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Trotz gravierender Änderungen haben die Regierungsfaktionen eine erneute Anhörung des Tariftreuegesetzes in dieser Woche abgelehnt. Ohne vorherige Anhörung sollen nun auch die Kommunen verpflichtet werden, das Gesetz anzuwenden. Die von Koalitionsabgeordneten bei Wirtschaftsverbänden geweckte Hoffnung, dass deren erhebliche Kritik noch aufgegriffen werde, wurde enttäuscht. Handwerks-Präsident Ulrich Mietschke bezeichnete die Regelungen als „völlig inakzeptabel“. Der Baugewerbeverband nannte die überarbeitete Vorlage realitätsfern. Die umstrittenen Gesetzespläne seien eher noch verschärft worden.

Der Abgeordnete Andreas Tietze (Grüne) bezeichnete das Gesetz nun als „politischen Preis“, den Wirtschaft, Kommunen und Bürger für „gute Arbeit“ zu bezahlen hätten.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen kritisierten sowohl die Vorgehensweise als auch das Gesetz scharf.

„Es geht nicht um einen politischen Preis, es geht um echtes Geld und echte Arbeitsplätze, die auf dem ideologischen Altar des Herrn Stegner geopfert werden. Unsere mittelständischen Betriebe in Schleswig-Holstein liefern seit Jahren gute Arbeit und bezahlen ihre Leute anständig. All das zerstört die Koalition mit diesem Gesetz“, so Callsen.

Dass SPD, Grüne und SSW in einer gemeinsamen Pressemitteilung die Beratungen zum Gesetz als „Beispiel für eine neue politische Dialogkultur“ bezeichneten, könne ganz Schleswig-Holstein nur als Drohung verstehen.

„Diese Koalition zieht knallhart ihren Kurs durch und kümmert sich nicht um die Folgen“, erklärte Callsen in Kiel.

Die Ablehnung einer erneuten Anhörung sei auch deshalb verwunderlich, weil der Abgeordnete Tietze die vorgelegten Änderungen selbst als „neues Gesetz“ bezeichnet habe, so Magnussen.

Jeder öffentliche Auftraggeber müsse künftig überprüfen, ob beispielsweise mit Dämmmaßnahmen an Gemeindegebäuden beauftragte Betriebe jede einzelne Voraussetzung der Kernarbeitsnormen der ILO erfüllen. Der betreffende Betrieb müsse beispielsweise garantieren, dass von ihm verwendetes Material ohne Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf produziert wurde. Die Ämter müssten dies überprüfen und kontrollieren.

„Wie soll ein kleiner Handwerksbetrieb garantieren, dass von ihm verwendetes Dämmmaterial dieses Kriterium erfüllt. Und mit welchem Personalaufwand sollen die Ämter das kontrollieren?“ fragte Magnussen.

Der Wirtschaftsminister habe in der Anhörung angekündigt, dass für die Umsetzung des Gesetzes kein zusätzliches Personal eingestellt, sondern intern umgeschichtet werden müsse. „Das ist völlig illusorisch. Das zeigt, dass die Koalition ihr eigenes Gesetz nicht ernst nimmt, sondern reine Ritualpolitik betreibt“, so Magnussen.

Öffentliche Gebäude müssten künftig beispielsweise unter dem Nachweis der Lebenszykluskosten, des Fahrradkomforts, der Drittverwendungs- und Umnutzungsfähigkeit sowie der Behaglichkeit geplant und gebaut werden.

„Das erklärt, weshalb SPD, Grüne und SSW künftig Gemeindegrößen ab 8000 Einwohnern anstreben. In kleineren Gemeinden kann angesichts dieser Vorgaben kein öffentliches Gebäude mehr entstehen“, so Callsen abschließend.

Bildungsministerin Wende muss im Landtag Widersprüche erklären CDU-Fraktion beantragt Fragestunde zur Einrichtung von neun Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Die CDU-Fraktion hat am heutigen Freitag eine Fragestunde zur Einrichtung von neun Oberstufen an Gemeinschaftsschulen beantragt. Hintergrund sind Widersprüche zwischen öffentlichen Aussagen der Bildungsministerin und ihres Staatssekretärs und schriftlicher Antworten des Ministeriums auf kleine Anfragen. Aufgrund dieser Widersprüche hatte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen Akteneinsicht genommen.

„Nach dieser Akteneinsicht bin ich überzeugt: Weder nach der alten noch nach der von SPD, Grünen und SSW extra für diesen Zweck geschaffenen neuen Gesetzeslage sind ein großer Teil der geplanten Oberstufen genehmigungsfähig. Und das war der Hausspitze bewusst. Man hat versucht, eine Genehmigung irgendwie zu rechtfertigen. Das ist nicht gelungen. Dennoch wurden die Schulen vorab informiert, dass sie mit einer Genehmigung rechnen können“, so Franzen.

Mit sieben Fragen fordert die CDU-Fraktion nun Aufklärung von Bildungsministerin Wende. Nachfragen sind zugelassen. Voraussichtlich wird die Fragestunde am Mittwoch um 10:00 Uhr stattfinden.

Den Livestream der Plenarsitzung können sie am Mittwoch unter folgendem Link verfolgen: <http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/parlatv/>



Heike Franzen, MdL

SPD, Grüne und SSW wollen Zwischenlagerung für Atommüll in Brunsbüttel zustimmen CDU-Fraktion will erst nach umfassender Prüfung entscheiden

Bereits in der kommenden Woche wollen die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW der Zwischenlagerung von Castoren aus La Hague und Sellafeld im Lande zustimmen. Dies geht aus einem in dieser Woche gestellten gemeinsamen Antrag der Regierungsfaktionen hervor (Link siehe unten).

Zwar wird die Zustimmung an Bedingungen geknüpft, die durch die anderen Bundesländer und die Bundesregierung erfüllt werden sollen. Wer die Erfüllung der Bedingungen abschließend bewertet, lässt der Antrag der Regierungsfaktionen jedoch offen.

„Wenn dem Koalitionsantrag nächste Woche zugestimmt wird, dann hat die Landesregierung freie Hand“, kommentierte CDU-Energieexperte Jens-Christian Magnussen den Plan von SPD, Grünen und SSW. Danach könne eine Einlagerung faktisch nur noch verhindert werden, wenn der Landtag dem Kabinett im Falle des Falles das Vertrauen entziehe. „Niemand wird ernsthaft erwarten, dass SPD, Grüne und SSW das tun würden“, so Magnussen.

Eines sei in den letzten Tagen deutlich geworden: Albig und Habeck nutzten die Zwischenlagerung in Brunsbüttel als Verhandlungsmasse im Kampf für Zugeständnisse der Bundesregierung bei der der Strompreisbremse.

„Dieses Geschacher hat mit der Sicherheit der Bevölkerung nichts zu tun. Und deshalb muss

die letzte Entscheidung beim Landtag liegen“, forderte der CDU-Abgeordnete.

Die CDU-Fraktion hatte deshalb bereits vor der Koalition einen eigenen Antrag gestellt. Dieser Antrag sehe vor einer Entscheidung über die Zwischenlagerung umfangreiche Prüfungen vor, welche über die „Bedingungen“ von SPD, Grünen und SSW noch hinaus gehen.

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag soll am Ende transparent in öffentlicher Sitzung entscheiden. SPD, Grüne und SSW wollen diese so weit reichende Entscheidung vor der Klärung aller Fragen in die Hand der Regierung legen. Das geht zu weit“, so Magnussen.

Vergleichen Sie selbst:

Zum Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0751.pdf>

Zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0733.pdf>

Volksinitiative für A 20 gestartet

Verein sammelt Unterschriften für schnellen Bau der Elbquerung



Logo der Initiative

Mit einer Volksinitiative will ein Verein von der Westküste den Druck auf die Landesregierung für einen raschen Bau der A20 zwischen Segeberg und Niedersachsen erhöhen. Die Initiative kann nach Auskunft des Vereins auch in einem Volksentscheid münden (Link siehe unten).

„Die Albig-Regierung führt die A 20 in die Sackgasse. Jede Initiative für dieses überragend wichtige Verkehrsprojekt erhält deshalb unsere Unterstützung“, erklärte dazu CDU-Verkehrsexperte Hans-Arp in Kiel.

Die Volksinitiative – in der sich auch der ehemalige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dietrich Austermann engagiert – fordert den uneingeschränkten Einsatz des Landtages und der Landesregierung für den unverzüglichen Planungsabschluss sämtlicher Teilabschnitte auf Basis der bisherigen Planungen. Sie will durch die Unterschriftenaktion ihrer Volksinitiative auf den „wahren Willen“ der Bürger hinweisen, die bei den letzten Landtagswahlen zu 80 Prozent Parteien gewählt haben, die das Projekt A 20 unterstützen. Da der Bau der A 20 wegen ihrer Bedeutung absoluten Vorrang vor anderen Verkehrsprojekten im Land habe, müsse gegenüber dem Bund auf eine vorrangige Finanzierung und Fertigstellung

innerhalb von fünf Jahren hingewirkt werden.

Zunächst geht es dem Verein nun darum, möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Um einen Volksentscheid herbei zu führen, sind mindestens 20.000 erforderlich.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Arp schätzt die Erfolgsaussichten als hoch ein. „Die Menschen haben die ewigen Staus vor der Elbe satt. Niemand versteht, warum die A 20 an der A 7 enden soll“, so Arp. Die Initiative sei darüber hinaus außerordentlich gut vorbereitet. So gebe es auf der Homepage ein Logo zum Download, das auch als Autoaufkleber verteilt werde. Auch Unterschriftenlisten seien zum Download verfügbar.

„Die Autoaufkleber wird sich mancher Pendler auf die Stoßstange kleben. Und jetzt im Kommunalwahlkampf werden insbesondere an der Westküste sicherlich einige Ortsverbände die Unterschriftenlisten an ihren Wahlkampfständen auslegen“, erklärte Arp abschließend.

Zur Internetseite:

<http://www.a20-sofort.de/>

Zum Logo:

<http://a20-sofort.de/downloads/unterschriftenliste-neuwegefuersh.pdf>

Zur Unterschriftenliste:

<http://a20-sofort.de/downloads/unterschriftenliste-neuwegefuersh.pdf>

Regierungsfractionen wollen beim NOK keine Zusammenarbeit SPD, Grüne und SSW lehnen gemeinsame NOK-Resolution des Landtags ab



Jens-Christian Magnussen

Mit großen Worten hatte Ministerpräsident Albig auf der Maritimen Konferenz in Kiel und auf dem Nautischen Essen in Brunsbüttel von einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit im Hinblick auf den Nord-Ostsee-Kanal gesprochen. Auch in der vergangenen Landtagssitzung hatten Redner der Regierungsfractionen ein solches Vorgehen befürwortet. In den vergangenen Wochen liefen die Verhandlungen auf Hochtouren. In dieser Woche sprangen die Regierungsfractionen in der entscheidenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses jedoch wieder ab. Sie verweigerten sich sogar, eine fraktionsübergreifende Resolution im Wirtschaftsausschuss auch nur zu beraten.

„Einmal mehr machen die Regierungsfractionen aus der heißen Luft des Ministerpräsidenten eisigen Wind“, stellte CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen nach der Sitzung klar.

Die Verweigerung einer gemeinsamen Vorgehensweise sei ein weiterer Beleg dafür, dass Grüne und SSW sich von der Stegner-Strategie, die Probleme am NOK politisch auszuschlachten, vereinnahmen lassen.

„Anders ist die Ablehnung der fraktionsübergreifenden Forderung nach einem Maßnahmenpaket, das der Bund mit den norddeutschen Bundesländer und den wichtigsten Akteuren der Maritimen Wirtschaften erarbeiten soll, nicht zu erklären“, so Magnussen.

Die CDU-Fraktion werde die Resolution deshalb gemeinsam mit der FDP trotz der Ablehnung der Regierungsfaktionen in die nächste Landtagsitzung einbringen.

„Eine gemeinsame Resolution des Landtages wäre ein kraftvolles Zeichen für den Nord-Ostsee-Kanal. Die Politik von SPD, Grünen und SSW setzt kein Signal der Geschlossenheit. Die Regierungsfaktionen sollten deshalb ihre ablehnende Haltung überdenken“, sagte der CDU-Abgeordnete abschließend.

Link zur Resolution:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0740.pdf>

Veranstaltungshinweis Bildung **FördeForum „Selbstständige Schule“**

Der Arbeitskreis Bildung führt am kommenden Dienstag, den 23. April im Rahmen der Veranstaltungsreihe „FördeForum“ der CDU-Landtagsfraktion eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Selbstständige Schule – mehr Verantwortung und Eigenständigkeit für unsere Schulen“ durch.

Die CDU-Landtagsfraktion möchte die Selbstverantwortung von Schulen stärken, damit diese ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag besser gerecht werden können.

Durch die Verlagerung von Entscheidungsrechten an die Schulen wollen wir ihre Handlungsspielräume erweitern und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Die Selbstständige Schule kann am besten auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler eingehen.

Drei sachkundige Referenten werden uns einen Einblick in die Selbstständige Schule geben und wir würden uns freuen, auch Sie begrüßen zu dürfen.

Wir bitten Sie sich aufgrund der Sicherheitsbestimmungen im Landeshaus bei Frau Schaffer per E-Mail (susanne.schaffer@cdu.ltsh.de) oder Fax (0431/988-1434) anzumelden.

Link zur Einladung:

<http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/veranstaltungen/ff14ohne.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de